

Liebe Eltern,

Bad Wurzach im April 2013

gerne nutze ich wieder die Gelegenheit, Ihnen zusammen mit dem aktuellen Schulleitungsbrief Berichtswertes aus der Elternarbeit mitzuteilen.

Insbesondere ist es mir ein großes Anliegen, Ihnen die Hintergründe und den Werdegang bzw. den Stand und die Zielsetzung der landkreisweiten Elternbeiratsinitiative zur Schülerbeförderung darzulegen. Daneben kann ich zum Schluss nur ganz kurz zu den aktuell von der Landesregierung geplanten Einschnitten im Bildungshaushalt, die auch uns betreffen werden, eingehen.

- unsere Schule z.B. hat einen Fahrschüleranteil von derzeit knapp 77%, weswegen ich mich als Elternbeiratsvorsitzende dem komplexen Buthema vor ca. 4 Jahren ganz bewusst angenommen habe.
Obwohl die Schülerzahlen insgesamt sinken, gibt es im Landkreis prozentual und absolut nicht weniger, sondern mehr Fahrschüler und dies künftig durch die Schließung kleiner Schulstandorte vermehrt auch bei Schülern schon im Grundschulalter. Schulpolitische Weichenstellungen, so die Einführung der neuen Werkrealschule der alten Landesregierung, die Einführung von Gemeinschaftsschulen durch die neue Landesregierung, sowie die Aufsplitterung der gesamten Schullandschaft in immer mehr berufliche Schulen wirken in dieselbe Richtung.
- Der Landkreis hat über Jahrzehnte eine in den Geldströmen nicht transparente Verquickung zwischen Schülerverkehr und öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) geschaffen und begründet so nun mit einem angeblich ständig steigenden Defizit im Bereich der eingerichteten Schulbustouren die im November 2012 neu beschlossene Schülerbeförderungssatzung mit zum Teil kräftig ansteigenden Gebühren.
- Mit dieser jetzt gültigen Satzung zieht man sich weitgehend aus der politischen Verantwortung bei künftigen Preissteigerungen zulasten der Familienbudgets, da erstmals die Eigenanteile von Schülerfahrkarten automatisch an die Fahrkartenpreise des Bodo-Verkehrsverbundes gekoppelt wurden. Wir Eltern wehren uns mit Nachdruck gegen eine Koppelung an ein monopolistisches Wirtschaftsunternehmen ohne notwendige vorausgehende Beratung im Kreistag.
- Dieses Vorgehen führte zu einem Zusammenschluss der Gesamtelternbeiratsvorsitzenden und vieler Elternbeiratsvorsitzenden der kleineren Kommunen, in denen die Eltern nicht in einem Gesamtelternbeirat (GEB) vertreten sind.
Da nun laut Schulgesetz der GEB einer Kommune für alle außerhalb der einzelnen Schulen liegenden Belange zuständig ist, ist die Schülerbeförderung ein klassisches Betätigungsfeld dieser Gremien.
§ 58 SchG Ba-Wü (Gesamtelternbeirat): (2) **Elternvertretungen können sich zu überörtlichen Arbeitskreisen zusammenschließen, um im Rahmen ihrer Zielsetzung Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, gemeinsam Veranstaltungen durchzuführen und gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten.**
Die Schulaufsichtsbehörden beraten und unterstützen solche Arbeitskreise. (Na ja, nicht wirklich!)
- Ziel der Elterninitiative ist, bei Landrat und Kreistag zunächst einmal verfassungsrechtliche Grundlagen bezüglich des Schulbesuchs *allgemein schulpflichtiger Kinder* in Erinnerung zu rufen, für deren Einhaltung und Umsetzung der Landrat verantwortlich zeichnet. Insbesondere wird seit Jahren angemahnt, künftig die alleinigen Aufwendungen für die Schülerbeförderung aus der Mischfinanzierung mit dem ÖPNV so herauszurechnen, damit dann begründbar ein tatsächlich nachvollziehbares Defizit wiederum beim Land für diese öffentliche Aufgabe eingeklagt werden kann.
- Derzeit finden Gespräche zwischen Elternvertretern mit Vertretern der einzelnen Kreistagsfraktionen statt, um möglichst einen fraktionsübergreifenden Antrag auf eine erträgliche Anpassung der Satzung zu erreichen.

Die bekannten Pläne des Verkehrsamtes, die nach einhelliger Meinung der bislang kontaktierten Kreisräte auch nicht aufgegeben sind, entlarven eine in naher Zukunft beabsichtigte weitere Belastung der Familien bei den Schülerbeförderungskosten.

- Uns Eltern bereitet bereits heute zunehmend große Sorge, dass die Anpassungen der Busverbindungen im ländlichen Bereich nicht in erster Linie an den Bedürfnissen der Schüler, sondern eher an denen der Berufspendler als neu zu umwerbender Kundenschicht ausgerichtet werden. Schülern als „Zwangskunden“ glaubt man eben ganz andere Warte- und Transferzeiten zumuten zu können als Wahlkunden. Bezahlen sollen Schüler allerdings zunehmend Eigenanteile in Höhe normaler Monatskarten für Erwachsene für eine Zone – trotz millionenschwerer Landeszuschüsse. Und wenn Eltern gar für ihre Kinder als geeignete Schule nicht die nächstgelegene Schule der entsprechenden Schulart auswählen, werden sie dafür bereits ab der ersten Grundschulklasse (Alter 6 Jahre!) mit dem Höchstbetrag von 31,50 €/Monat abgestraft. Auf diese Weise wird unserer Meinung nach ein interkommunaler Kampf um möglichst hohe Schülerzahlen direkt spürbar auf dem Rücken der Familien ausgetragen.
- Die Quersubvention des ÖPNV durch den Schülerverkehr tritt offensichtlich zutage, wenn in der Kalkulation des Verkehrsverbundes ganz klar folgende Aussage für die Zukunft gilt: Fällt ein Schüler als Kunde weg, müssen dafür zwei voll zahlende Berufspendler als Ausgleich gewonnen werden. Nach wessen Bedürfnissen sich künftig nun wohl noch mehr das Einrichten und Takten der Buslinien ausrichten wird? Ein Schelm, der Böses dabei denkt !

Werben möchte ich bei Ihnen hiermit um Ihr Interesse für das Thema, auch wenn Sie vielleicht zu den glücklichen Eltern zählen, deren Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad ihre Wunschschule erreichen können. Es ist leider in zunehmendem Maße notwendig, dass wir Eltern(vertreter) auch als politische Lobby für Kinder tätig werden, weil nur sehr wenige von uns aus Gründen der Mehrfachbelastung in den Entscheidungsgremien vertreten sind. Je weniger Kinder (und Eltern) es gibt, umso mehr geraten deren Bedürfnisse aus dem Blickfeld der Verantwortlichen. Insgesamt sind wir zwar eine wohlhabende Gesellschaft, aber es ist doch kaum übersehbar, dass die Vorgaben unserer Verfassung zum Schutz der Kinder und Familien – insbesondere das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Begabungen entsprechende Erziehung und Ausbildung, unabhängig von Herkunft und wirtschaftlicher Lage zunehmend ins Hintertreffen gerät im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Aufgaben.

Ganz aktuell muss sich unsere Elternvertretung auf Landesebene mit geplanten, konkreten Kürzungen im Bildungsetat auseinandersetzen, die lediglich auf dem Weg einer reinen Verwaltungsvorschrift – und damit am beratenden Elterngremium vorbei – über alle Schularten hinweg empfindliche Lehrerdeputatskürzungen aus reinen Einspargründen für den Landeshaushalt beinhalten. Es sollen überwiegend Stundenermäßigungen für den allgemeinen Entlastungspool gestrichen werden. Fatalerweise wird man damit ausgerechnet die Leistungsträger, nämlich die besonders engagierten und einsatzbereiten Lehrer, an einer Schule treffen – ein schlimmes Signal! Auch unsere freie Schule wird davon über Umwege über kurz oder lang im gleichen Maße betroffen sein. Zu Ihrer aller Information hänge ich den einstimmig verabschiedeten Resolutionstext, der am 20.4.2013 vom Arbeitskreis der Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen verabschiedet wurde, bei. Wir Elternvertreter rechnen durchaus mit notwendigen weiteren öffentlichkeitswirksamen Protestmaßnahmen – hier werde ich mir zu gegebener Zeit erlauben, Sie alle um Unterstützung zu ersuchen, wenn es soweit kommen sollte.

Mit liebem Gruß
Brigitte Reuther
(Elternbeiratsvorsitzende)